

ANNA ZAPALEC

POLTOFFIZIERE UND SOWJETISCHE PARTEI-FUNKTIONÄRE ALS VERWALTUNGSBEAMTE

DIE REORGANISATION DER VERWALTUNG IN DEN POLNISCHEN OSTGEBIETEN

Die Machthaber der UdSSR versuchten von Beginn an, die wahren Absichten des Einmarsches der Roten Armee in die östlichen Gebiete Polens (*Kresy*) am 17. September 1939 zu verschleiern. In einer Note, die dem polnischen Botschafter in Moskau Waclaw Grzybowski präsentiert wurde, begründete die sowjetische Seite diesen Schritt damit, dass der polnische Staat und seine Regierung aufgehört hätten zu existieren – was nicht der Wahrheit entsprach – und die sowjetische Regierung die weißrussische und ukrainische Bevölkerung nicht einfach ihrem Schicksal überlassen könne. Außerdem wurde der polnischen Seite mitgeteilt, dass die bisher geltenden Verträge zwischen Polen und der UdSSR damit ihre Gültigkeit verloren hätten.¹

Während der Kampfhandlungen wurden Agitation und Propaganda betrieben, um die Bevölkerung über die wahren Absichten des Einmarsches der Sowjetarmee in Polen zu täuschen. Auf dem Gebietsstreifen, auf dem die 6. und die 12. Armee der Ukrainischen Front operierten, sah man sowjetische Panzer mit polnischen und sowjetischen Fahnen und Aufschriften wie „Russland zur Hilfe Polens“. Mancherorts verkündeten die sowjetischen Soldaten, sie zögen in den Krieg gegen die Deutschen.² Noch am gleichen Tag beziehungsweise unmittelbar nach der Einnahme einer Ort-

¹ STANISŁAW KOMORNICKI u. a., Wojsko Polskie 1939–1945. Barwa i broń, Warszawa 1990, S. 30.

² CZESLAW K. GRZELAK, Kresy w czerwieni. Agresja Związku Sowieckiego na Polskę w 1939 r., Warszawa 1998, S. 217; RYSZARD SZAWŁOWSKI, Wojna polsko-sowiecka 1939. Tło polityczne, prawno-międzynarodowe i psychologiczne. Agresja sowiecka i polska obrona. Sowieckie zbrodnie wojenne i przeciw ludzkości oraz zbrodnie ukraińskie i białoruskie, Bd. 1, Warszawa 1997, S. 64 f.; ANNA ZAPALEC, Ziemia tarnopolska w okresie I okupacji sowieckiej 1939–1941, Kraków 2006, S. 74 f.

schaft begannen Politoffiziere,³ befehlshabende Offiziere und Soldaten Propaganda zu betreiben und die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Rote Armee richtig daran getan habe, die polnische Grenze zu überschreiten. In diesem Ton waren auch die meisten Texte in der sowjetischen Presse gehalten, die bereits in der ersten Woche in den besetzten polnischen Gebieten verbreitet wurden.⁴

Diese Maßnahmen dienten zur Rechtfertigung des Einmarsches, dessen wahren Charakter man zu verbergen versuchte. In Wirklichkeit aber war die Inbesitznahme der östlichen Gebiete der Zweiten Polnischen Republik durch die UdSSR noch vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges bis ins Detail geplant worden. So muss man den Ribbentrop-Molotov-Pakt vom 23. August 1939 interpretieren, und davon zeugt auch der Befehl vom 8. September 1939 an die operativen Gruppen des NKVD, der erste bekannte Befehl, in dem Verhaftungen auf dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik angeordnet werden. Keine Zweifel lässt auch die Direktive Nr. 01 des Kriegsrates der Weißrussischen Front vom 16. September 1939 zu, in der die ersten Schritte festgelegt wurden, die nach der Besetzung des polnischen Territoriums zu ergreifen waren.⁵ In diesem Dokument wird als erste Verwaltungsmaßnahme nach der Einnahme einer Stadt die Gründung eines Provisorischen Vorstands vorgeschrieben, dem ein Mitarbeiter des politischen Apparats der Armee als Vorsitzender, ein Vertreter der operativen Gruppen des NKVD und jeweils ein Vertreter der Arbeiter und der linken Intelligenz angehören sollen. Ferner wurde beschlossen, in den Dörfern Bauernkomitees ins Leben zu rufen. Koordiniert wurden diese ersten Maßnahmen von Politoffizieren und Funktionären der operativen Gruppen des NKVD. Des Weiteren wurde befohlen „nach gründlicher Vorbereitung“ drei Volksversammlungen zu wählen – eine für die „Westukraine“, eine für „Westweißrussland“ und eine für Polen –, die folgende Aufgaben hatten:

- „a) die Einziehung des Großgrundbesitzes durch die Bauernkomitees bestätigen;
- b) die Wahl des Gesellschaftssystems, d. h. die Entscheidung, ob ein Sowjet-system geschaffen werden sollte oder ein anderes System;
- c) die Regelung des Beitritts zum Staatsgebiet der UdSSR, d. h. die Eingliederung der ukrainischen Woiwodschaften zum Gebiet der USSR [Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik], der weißrussischen zum Gebiet der BSSR

³ Politische Kader der Roten Armee, die für die Beachtung der Parteirichtlinien verantwortlich waren.

⁴ ZAPALEC, Ziemia, S. 99, 101.

⁵ Ein ähnliches Szenario gab es wahrscheinlich auch für den Gebietsstreifen der Ukrainischen Front. V. R. KOVALUK, Novi archivni dokumenty pro Narodni Sbory Sachodnoji Ukrajiny (schovten 1939), in: Archiwy Ukrajiny 5 (1991), S. 88.

[Weißenrussische Sozialistische Sowjetrepublik] und der polnischen Woiwodschaften zum Staatsgebiet der UdSSR als Polnische Sowjetrepublik.“⁶

Schließlich wurden die *Kresy* jedoch nur in zwei Teile geteilt: die „Westukraine“ und „Westweißenrussland“.⁷ Man verzichtete auf die Schaffung einer eigenständigen Verwaltungseinheit mit einer mehrheitlich polnischen Bevölkerung, eine Folge des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939. In diesem wurde der im Ribbentrop-Molotov-Pakt festgelegte Grenzverlauf zwischen den beiden Besetzungsgebieten revidiert, und der mehrheitlich polnisch bevölkerte Teil des Territoriums, der ursprünglich der UdSSR zufallen sollte, wurde in das deutsche Besetzungsgebiet eingegliedert.⁸

Unmittelbar nach der Besetzung der polnischen Territorien durch die Rote Armee übten die Kriegsräte der Ukrainischen und Weißenrussischen Front die oberste administrative Gewalt aus. Die Räte setzten sich ausschließlich aus Sowjetbürgern zusammen: aus den wichtigsten Personen des Befehlsstabes der jeweiligen Front sowie den Ersten Parteisekretären der ukrainischen und der weißenrussischen Republik. Bis zur Bildung provisorischer Vorstände unterstanden ihnen Militärikommandanturen erster und zweiter Kategorie.⁹ Anfänglich überwachte die Armee das Alltagsleben und nahm öffentliche Gebäude und Betriebe in Besitz, während die politischen Abteilungen des Militärs kulturelle Aktivitäten entfalteten und Propaganda betrieben.¹⁰

In manchen Ortschaften schlossen sich die Einheimischen, noch bevor die Sowjets mit dem Aufbau ihrer Verwaltung begannen, freiwillig zu Gruppen zusammen. Das waren oftmals bewaffnete Männer, die das Dorf

⁶ Zitiert nach: Radziecka agresja 17 IX 1939 r. i jej skutki dla mieszkańców ziem północno-wschodnich II Rzeczypospolitej. Studia i materiały, hg. v. MICHAŁ GNATOWSKI, Białystok 2000, S. 77.

⁷ Die Westukraine und Westweißenrussland umfassten diejenigen Gebiete der Zweiten Polnischen Republik, die nach dem Vertrag vom 28.9.1939 bei der UdSSR verblieben. Westweißenrussland umfasste in etwa das Gebiet der vier ehemaligen nordöstlichen Woiwodschaften Białystok, Nowogródek, Polesien und Wilna, außer dem Teil der Woiwodschaft Wilna, den Litauen 1939 besetzte, und dem Teil der Woiwodschaft Białystok, der ins Dritte Reich eingegliedert wurde. Die Westukraine bestand hingegen aus den vier Woiwodschaften Lemberg, Tarnopol, Stanisław und Wolhynien, außer dem Teil der Woiwodschaft Lemberg, der beim Dritten Reich blieb. JANUSZ ŻOŁYŃSKI, Włączenie polskich ziem wschodnich do ZSRR (1939–1940). Problemy ustrojowe i prawne, Wrocław 1994, S. 52.

⁸ WŁODZIMIERZ BONUSIAK, Polska podczas II wojny światowej, Rzeszów 2003, S. 85; JACEK ŚLUSARCZYK, Stosunki polsko-sowieckie w latach 1939–1945, Toruń 2000, S. 84.

⁹ BONUSIAK, Polska, S. 85; ALBIN GŁOWACKI, Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941, Łódź 1998, S. 45 f.

¹⁰ GŁOWACKI, Sowieci, S. 40.

vor Überfällen schützen sollten. Sie setzten sich aus örtlichen Aktivisten, Mitgliedern der ehemaligen Kommunistischen Partei der „Westukraine“ und der Kommunistischen Partei „Westweißrusslands“ sowie Funktionären der Organisation Ukrainischer Nationalisten zusammen. In manchen Ortschaften, in denen Kommunisten aktiv waren, wurden Revolutionskomitees (*Revolucionnyj komitet*, kurz: *revkom*) gegründet. Ein Teil dieser Gruppen entwaffnete Polizisten und entmachtete die polnischen Beamten. Nach der Einnahme des jeweiligen Gebiets wurden sie von den sowjetischen Befehlshabern meist als Ordnungsorgane bestätigt. Diese Aktivitäten der Bevölkerung hatten im Allgemeinen lokalen Charakter, waren also von begrenztem Umfang. Es waren meist spontane Initiativen als Reaktion auf Situationen, die ein schnelles Handeln erforderten.¹¹

Die erste Phase der Bildung provisorischer Verwaltungen begann im September 1939, als man unter der Kontrolle des Militärs und der operativen Gruppen des NKVD begann, lokale Übergangsverwaltungen aufzubauen. Dies geschah relativ schnell und möglichst sofort nachdem die Front vorbeigezogen war. Soldaten und Politoffiziere beriefen Kundgebungen ein, auf denen sie erklärten, warum der Einmarsch der Roten Armee unumgänglich gewesen sei. Darüber hinaus forderten sie die örtliche Bevölkerung auf, Gebietskomitees und lokale bewaffnete Einheiten zu bilden.

Die offiziellen provisorischen Dorfverwaltungen wurden von den Einwohnern der jeweiligen Ortschaften auf Versammlungen gewählt. Faktisch hatte die ortsansässige Bevölkerung jedoch einen sehr begrenzten Einfluss auf diese Wahlen, da die Abstimmungen unter der Aufsicht der Armee und des NKVD stattfanden und die Zusammensetzung dieser Organe häufig bereits vorher festgelegt und dann auf den Versammlungen vorgeschlagen wurde. Außer den Bauernkomitees wurden Gemeindekomitees gegründet, in den Städten und Kreisen provisorische Vorstände. Auf die untersten Posten in diesen Organen wurden Ukrainer, Juden und Weißrussen berufen. Anstellung fanden dort auch Personen polnischer Nationalität, aber in geringerer Zahl. Auch in den Ämtern wurden die niederen polnischen Vorkriegsbeamten häufig – zumindest für eine bestimmte Zeit – in ihren Stellungen belassen. Die höheren Posten besetzten jedoch bereits Personen aus den östlichen Teilen der ukrainischen und der weißrussischen Republik.¹² Der stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung der

¹¹ ŻOŁYŃSKI, Włączenie, S. 129; GLOWACKI, Sowieci, S. 45; MYKOLA R. LYTВYN u. a., Zachidni zemli Ukrajini, L'viv 1999, S. 98.

¹² PIOTR ŻARÓŃ, Ludność polska w Związku Radzieckim w czasie II wojny światowej, Warszawa 1990, S. 81; DERS., Deportacje na Kresach, Warszawa 1990, S. 16; BONUSIAK, Polska, S. 94; OLEH HAJDAJ u. a., Predteča. Pol's'kyj ruch Oporu na Ternopil's'čyni 1939–1941 rr., Ternopil' 2002, S. 25; GLOWACKI, Sowieci, S. 46.

UdSSR Grigorij I. Kulik charakterisierte die damalige Situation auf dem Gebiet der „Westukraine“ in einem Bericht an das Politbüro des Zentralkomitees der Allsowjetischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki wie folgt:

„Unsere Leute, die nach der Einnahme bestimmter Punkte durch die Rote Armee die Gebietsverwaltungen organisieren sollen, kommen mit dem Tempo der Armeebewegungen nicht mehr mit, so dass in größeren Städtchen und Städten die Verwaltung häufig ein bis zwei Tage nach dem Durchmarsch der Armee organisiert wird.“

Ferner regte er an, das erforderliche Personal schneller an die Orte zu bringen, an denen es die lokalen Verwaltungen organisieren sollte, und in den großen Städten zum Aufbau der Verwaltung zusätzlich Funktionäre des Parteapparats einzusetzen.¹³

Auf ähnliche Probleme stießen am 18. September in Tarnopol derstellvertretende Volkskommisar für innere Angelegenheiten der UdSSR Vsevolod N. Merkulov und der Volkskommisar für innere Angelegenheiten der USSR Ivan A. Serov, die dort die Besetzung staatlicher Gebäude, den Transport der Kriegsgefangenen und die Verhaftungen von politischen Funktionären und gesellschaftlichen Aktivisten beaufsichtigten. Sie bemängelten den Aufbau einer örtlichen Verwaltung:

„Das sowjetische Parteiaktiv ist noch nicht eingetroffen. Es erscheint keine Zeitung, es wird keine Agitation betrieben, und es fehlt uns die Zeit, uns darum zu kümmern [...]“¹⁴

Nicht viel anders sah es in den nordöstlichen Grenzgebieten, dem so genannten „Westweißrussland“, aus. Allein am 2. Oktober 1939 wurden für die provisorischen Vorstände in der Woiwodschaft Bialystok 808 Personen aus dem östlichen Weißenrussland abgestellt, von denen 332 Mitglieder der Weißenrussischen KP(b), 120 Kandidaten der KP(b) und 311 Personen Komsomolzen waren. Auch in die Stadt und den Kreis Augustów in der gleichen Woiwodschaft wurden aus den östlichen Verwaltungsbezirken (*oblasti*) der BSSR im Oktober 69 Personen, unterschiedlicher Berufe und gesellschaftlicher Herkunft, geschickt.¹⁵ Mit Hilfe der entsandten Beamten und unter

¹³ Katyń. Dokumenty zbrodni, Bd. 1: Jeńcy nie wypowiedzianej wojny sierpień 1939 – marzec 1940, hg. v. ALEKSANDER GIEYSZTOR u. a., Warszawa 1995, S. 94.

¹⁴ NATALIA S. LEBEDEWA, Biuro Polityczne Komitetu Centralnego WKP(b) i sowietyzacja Polski, in: Sowietyzacja Kresów Wschodnich II Rzeczypospolitej po 17 września 1939 r. Studia, hg. v. ADAM SUDOL, Bydgoszcz 1998, S. 33-54, hier S. 39.

¹⁵ KRZYSZTOF JASIEWICZ, Pierwi po diable. Elity sowieckie w okupowanej Polsce 1939–1941 (Białostocczyzna, Nowogródczyzna, Polesie, Wileńszczyzna), Warszawa 2001, S. 1105–1109; die Dokumente stammen aus dem Staatsarchiv der Gesellschaftlichen Organi-

Kontrolle der Armee wurden bis Ende September 1939 in den meisten Orten im sowjetischen Besetzungsgebiet lokale provisorische Verwaltungen organisiert.

Mit dem Beschluss „Probleme der Westukraine und Westweißrusslands“ des Politbüros begann Anfang Oktober 1939 die Schlussphase des Aufbaus vorläufiger Verwaltungen. Es wurde beschlossen, eine Ukrainische und eine Weißebrussische Volksversammlung einzuberufen, als oberste Machtorgane in den besetzten Gebieten, die den Strukturen der Gebietsverwaltung übergeordnet waren. In dem gleichen Beschluss wurden die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der USSR und der BSSR angewiesen, provisorische Bezirksvorstände (Woiwodschaftsvorstände) einzuberufen sowie für jede Woiwodschaft einen Beauftragten zur Organisation der Parteiarbeit zu bestimmen. Den Provisorischen Bezirksvorständen sollten angehören: zwei Militärvertreter, eine Person aus dem provisorischen Vorstand der Woiwodschaftsstadt und ein NKVD-Vertreter.

Die Provisorischen Bezirksvorstände (Woiwodschaftsvorstände) Lemberg, Stanislau, Tarnopol und Luzk¹⁶ wurden am 3. Oktober 1939 vom Kriegsrat der Ukrainischen Front berufen, und das Politbüro des Zentralkomitees der Ukrainischen KP(b) bestätigte am 4. Oktober 1939 die Vorsitzenden der Provisorischen Bezirksvorstände (Woiwodschaftsvorstände) und die Vorsitzenden der provisorischen Stadtvorstände von Lemberg, Stanislau, Luzk und Tarnopol. Gleichzeitig wurden die Beauftragten für die Parteiarbeit ernannt, was der erste Schritt war hin zum Aufbau von Parteistrukturen in den besetzten Gebieten. Die Kandidaten für diese Ämter rekrutierte man in der Regel unter den Kommunisten, die zuvor aus den östlichen Gebieten der Ukraine und Weißebrusslands gekommen waren.

In die Tarnopoler Bezirksregierung (Woiwodschaftsebene) berief man unter anderem langjährige kommunistische Parteifunktionäre, so zum Beispiel Leonid S. Hryščuk, der Sekretär des Kiever Ländlichen Rayonkomitees der Ukrainischen KP(b) gewesen war, dann Vorsitzender des Provisorischen Bezirksvorstands (Woiwodschaftsvorstands) von Tarnopol wurde, anschließend Beauftragter für die Parteiarbeit im Bezirk Tarnopol und später Erster Sekretär des Bezirkskomitees der Ukrainischen KP(b) in Lemberg. Darüber hinaus saßen im Tarnopoler Bezirksvorstand aus der östlichen Ukraine Vasyl M. Javlenko sowie Aleksandr Vadis, der spätere

sationen im Gebiet Grodno. Die Publikation enthält fast 900 Seiten Kurzbiographien der sowjetischen Machteliten in den *Kresy*, aus denen u. a. hervorgeht, dass zahlreiche Beamte aus der BSSR in die neu geschaffenen Verwaltungen der 1939–1941 von der UdSSR besetzten Gebiete versetzt wurden.

¹⁶ Hier handelt es sich um die Woiwodschaft Wolhynien mit Luzk als Woiwodschaftsstadt.

Amtsleiter des NKVD im Bezirk Tarnopol.¹⁷ Solche Biografien finden sich auch auf Posten der unteren Ebene der provisorischen Verwaltungen.¹⁸

In der Nachbarwojwodschaft Stanislau stellte der dortige Erste Sekretär des Bezirkskomitees der Ukrainischen KP(b) auf der ersten Parteikonferenz fest, dass in der Woiwodschaft 20 bis 30 von der Partei entsandte Kommunisten Parteiarbeit leisteten. Nach Lemberg dagegen kam Ende September 1939 aus Kiev eine Gruppe von Mitarbeitern der Ukrainischen KP(b), die in die Führungsämter der provisorischen Verwaltung berufen und auf Parteibene zu Vorsitzenden der Bezirkskomitees der KP(b) ernannt werden sollten.¹⁹ Zu ähnlichen Situationen kam es auch in anderen Teilen des sowjetischen Besetzungsgebiets, so in den nordöstlichen Grenzgebieten.²⁰ Nikolaj J. Avchimovič, der vor dem Krieg Sekretär des Rayonkomitees der Weißrussischen KP(b) in Kopyl – einem Grenzort der BSSR – gewesen war und später zum Vorsitzenden des Provisorischen Vorstands des Kreises Augustów berufen wurde, erinnerte sich an diese Zeit wie folgt:

„[...] ich wurde nach Minsk gerufen. Im ZK [Zentralkomitee] bekamen wir militärische Uniformen. Man sagte mir, ich sei zum Vorsitzenden des Provisorischen Vorstands des Rayons Augustów ernannt worden. Ich bekam eine kurze Schulung. Wir waren eine Gruppe von etwa 30 Leuten. Mit einem Lastkraftwagen fuhren wir nach Baranowicze. Von dort aus gelangten wir mit dem Zug nach Grodno. Im Gegensatz zu anderen Städten dauerten die Kämpfe in Grodno an. Ich musste etwas warten. [...] Augustów war noch nicht eingenommen worden, aber unsere Armee war bereits in den Wäldern rund um Augustów. Ich bat Soldaten um ein Auto, um nach Augustów zu fahren. Als wir in der Stadt ankamen, gab es dort fast noch keine Soldaten von uns, nur ein paar, die in den Räumen des Landratsamtes schliefen. Wir stellten uns als Aufklärer vor. Die ganze Nacht durch klebten wir Plakate, auf denen die Einsetzung eines Provisorischen Vorstands bekannt gegeben wurde.“²¹

¹⁷ Červony Štandar vom 5.10.1939, Nr. 11, S. 1; Zentrales Staatsarchiv der öffentlichen Organisationen der Ukraine, Kiev (CDAGO) F. 1, Op. 6, D. 513, Bl. 232-240; Zentrales Staatsarchiv der obersten Behörden und der Regierung der Ukraine, Kiev (CDAVO) F. 1, Op. 16, D. 7, Bl. 75.

¹⁸ CDAGO F. 1, Op. 16, D. 21, Bl. 175; der Vorsitzende des Provisorischen Vorstands der Stadt Zborów war seit 10 Jahren Mitglied der Ukrainischen KP und in den Jahren 1938–1939 Sekretär eines Rayonkomitees der Partei im Gebiet Charkov.

¹⁹ SIERGIEJ G. FILIPPOV, *Dejatel'nost' organov VKP(b) v zapadnykh oblast'jach Ukrayiny i Belorussii 1939–1941 gg.*, in: *Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan*, hg. v. A. G. Gur'janov, *Istoričeskie sborniki „Memoriala“*, Heft 1, Moskwa 1997, S. 45; Zum gleichen Thema auf dem Gebiet „Westweißrusslands“: JASIEWICZ, Pierwi, S. 239–1175; GŁOWACKI, Sowieci, S. 48.

²⁰ Das bestätigen die Forschungen von JASIEWICZ, Pierwi.

²¹ Zit. nach: WOJCIECH ŚLESZYŃSKI, *Okupacja sowiecka na Białostoczyźnie w latach 1939–1941. Propaganda i indoktrynacja*, Białystok 2001, S. 62.

Die Schaffung provisorischer Verwaltungen wurde im Oktober 1939 abgeschlossen, nachdem die örtliche Bevölkerung die Volksversammlung der „Westukraine“ in Lemberg und die Volksversammlung „Westweißrusslands“ in Bialystok gewählt hatte. Den beiden Versammlungen überließ man die wichtigsten Entscheidungen, u. a. die Frage nach der Gesellschaftsform und die Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit der von der Roten Armee besetzten polnischen Gebiete. Die Wahlen zu den Volksversammlungen waren zuvor am 1. Oktober 1939 in Moskau beschlossen worden.²² Dazu erließ der oberste Politkommissar der Roten Armee am 2. Oktober eine Instruktion:

„22. Oktober – Tag der Wahlen zur ukrainischen und weißrussischen Volksversammlung. Die politischen Organe sollten nicht auf spezielle Weisungen warten, sondern schon jetzt damit beginnen, sich auf diesen wichtigen politischen Akt vorzubereiten. Es ist dafür zu sorgen, dass verlässliche Leute in die Volksversammlungen gewählt werden.“²³

Die Wahlvorbereitungen wurden zentral von den Organen der Republiken und der einzelnen Verwaltungsbezirke (Woiwodschaften) der „Westukraine“ und „Westweißrusslands“ gelenkt. Offiziell war die Initiative, Volksversammlungen einzuberufen, vom Provisorischen Vorstand Lemberg und vom Provisorischen Vorstand Bialystok ausgegangen.

Der Provisorische Vorstand Lemberg erließ unmittelbar nach seiner Konstituierung einen Aufruf an die Provisorischen Vorstände Stanislau, Tarnopol und Luzk (in der ukrainischen Presse erschien dieser am 4. Oktober, in der polnischsprachigen Presse am 5. Oktober), Vertreter für das „Komitee zur Organisation der Wahlen zur Ukrainischen Nationalversammlung“ zu bestimmen.²⁴ Die endgültige Entscheidung über die personelle Besetzung des Komitees traf der Kriegsrat der Ukrainischen Front, worüber die Presse am 6. Oktober berichtete. Von den 17 Mitgliedern des Komitees war über die Hälfte erst mit dem Einmarsch der Roten Armee in die „Westukraine“ gekommen.²⁵

²² ADAM SUDOL, Początki sowietyzacji Kresów Wschodnich II Rzeczypospolitej (jesień 1939 r.). Wybrane problemy polityczne i organizacyjne, Bydgoszcz/Toruń 1997, S. 404 f.; GRZEGORZ MAZUR, Pokucie w latach drugiej wojny światowej. Położenie ludności, polityka okupanta, działalność podziemia, Kraków 1994, S. 29.

²³ Zit. nach GLOWACKI, Sowieci, S. 50.

²⁴ Der schließlich am häufigsten gebrauchte Name lautete: Komitee zur Organisation der Wahlen zur Volksversammlung der Westukraine.

²⁵ Červony Štandar vom 5.10.1939, Nr. 11, S. 1; Ebd., 6.10.1939, Nr. 12, S. 1; BOHDAN O. JAROŠ, Storinky polityčnoi istorii na zachidnoukraïns'kych zemel'. 30-50-ti rr. XX st., Luc'k 1999, S. 23.

Das Zentralkomitee der Weißrussischen KP(b) in Minsk fasste am 2. Oktober einen eigenen Beschluss über die Vorbereitung der Wahlen zur Volksversammlung „Westweißrusslands“. Zuvor hatte man einen Aufruf des Provisorischen Vorstands Bialystok vorbereitet, in dem offiziell vorgeschlagen wurde, eine Versammlung einzuberufen, und der am 5. Oktober in der Presse abgedruckt wurde. Einen Tag früher tagten in Wołkowysk die Vorsitzenden der provisorischen Vorstände „Westweißrusslands“. Ähnlich wie in der „Westukraine“ gab es hier offiziell seit dem 6. Oktober ein Komitee zur Organisation der Wahlen.²⁶ Anfänglich wurden auch Vorbereitungen für Wahlen in der Region Wilna getroffen. Der Provisorische Vorstand des Bezirks Wilna und der Stadt Wilna begann in Reaktion auf den Bialystoker „Aufruf“ seinerseits mit Wahlvorbereitungen und veröffentlichte zwei Tage später eine Wahlordnung.²⁷

Die Wahlen fanden am 22. Oktober 1939 statt. Der Verlauf des Wahlkampfes und die Wahlen selbst ließen einiges zu wünschen übrig. Zweifelhaft erschienen: die Art und Weise, wie der Wahlkampf geführt wurde; die Überwachung der Wahlbeteiligung durch Armee und Miliz; die Anzahl der Wahlberechtigten, die vor dem 17. September 1939 nicht in den östlichen Grenzgebieten sesshaft gewesen waren; das Fehlen von unabhängigen Wahlbeobachtern; Versuche zur Einschüchterung der Bevölkerung. Die Wahlen verliefen ruhig, abgesehen von einzelnen unbedeutenden Störungen. Sowjetische Dokumente wie die Stenogramme der Sitzungen und die Namenslisten der Delegierten belegen, dass sich unter den gewählten Delegierten auch sowjetische Bürger und Vertreter der provisorischen Verwaltungen befanden.²⁸

Die Sowjetmacht erreichte ihr Ziel:²⁹ Als Erste trat vom 26. bis 28. Oktober 1939 im Großen Theater in Lemberg die Volksversammlung der „Westukraine“ zusammen und anschließend vom 28. bis 30. Oktober 1939 im Stadttheater in Bialystok die Volksversammlung „Westweißrusslands“.³⁰ Die von diesen Organen getroffenen Entscheidungen entsprachen den Erwartungen der Machthaber der UdSSR. Die Versammlungen verabschie-

²⁶ ŚLESZYŃSKI, Okupacja, S. 84.

²⁷ GLOWACKI, Sowieci, S. 54.

²⁸ Vil'ne Žyttja vom 26.10.1939, Nr. 20, Bl. 2; Ebd., Nr. 21, Bl. 2 f. (dort sind die Delegierten der Woiwodschaft Tarnopol aufgelistet); SUDOL, Początki, S. 90-228.

²⁹ In einigen Wahlkreisen erreichten die Kandidaten nicht die erforderliche Stimmenzahl, und die sowjetische Besatzungsmacht ordnete Nachwahlen an: acht im Wahlkreis Luzk; drei im Wahlkreis Lemberg sowie zwei im Wahlkreis Wysokie Mazowieckie. Fraglich ist, ob diese Wahlen tatsächlich stattgefunden haben, denn sie hätten innerhalb weniger Tage organisiert werden müssen, d. h. bis zum Sitzungsbeginn der beiden Volksversammlungen. SUDOL, Początki, S. 113 f.

³⁰ GLOWACKI, Sowieci, S. 63.

deten vier Deklarationen, die zuvor von der Ukrainischen und der Weißrussischen KP(b) vorbereitet worden waren: eine Deklaration, in der die Sowjetmacht als Gesellschaftsform ausgerufen wurde; eine über die Eingliederung der „Westukraine“ und „Westweißrusslands“ in die UdSSR; eine über die Enteignung des Großgrundbesitzes sowie eine über die Nationalisierung der Banken und der Großindustrie. Nach deren Verabschiebung beriefen beide Versammlungen Bevollmächtigte Kommissionen (jede bestehend aus 66 Personen), die in Moskau und anschließend in Kiev und Minsk die Ergebnisse ihrer Beratungen vorstellten und um die Aufnahme der „Westukraine“ und „Westweißrusslands“ in die UdSSR und die jeweiligen Sowjetrepubliken baten.³¹ Folgerichtig verabschiedete der Oberste Rat der UdSSR am 1. November 1939 das Gesetz „Über die Eingliederung der „Westukraine“ in die UdSSR und deren Vereinigung mit der Ukrainischen SSR“. Ein ähnliches Gesetz vom 2. November betraf die Eingliederung „Westweißrusslands“ in die Weißrussische SSR. Zwei Wochen später trafen die Obersten Räte der USSR und der BSSR die entsprechenden Entscheidungen (der Oberste Rat der BSSR am 14. November und der Oberste Rat der USSR am 15. November).³²

Die Schaffung einer provisorischen Verwaltung dauerte bis Ende Oktober 1939. Ihr oberstes Organ waren die Volksversammlungen der „Westukraine“ und „Westweißrusslands“. Diese existierten nur drei Tage. Nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten, traten sie nicht mehr zusammen. Auf Woiwodschaftsebene gab es provisorische Bezirksvorstände und in den Städten und den Kreisen provisorische Kreis- und Stadtvorstände. In der Hierarchie folgten nach unten hin bäuerliche Gemeindekomitees sowie Kreis- und Gemeindeversammlungen der Bauernkomitees. Die unterste Verwaltungsstufe bildeten die Bauernkomitees in einzelnen Dörfern.³³ Zur Bildung der Verwaltung wurden eine Reihe von Personen aus den politischen Abteilungen der Sowjetarmee sowie aus den Parteikästen herangezogen, die man aus den östlichen Gebieten der USSR und der BSSR hergeschickt hatte.

Während des Bestehens der provisorischen Verwaltungen spielten die sowjetischen Politoffiziere und Parteifunktionäre bei der Schaffung einer neuen, sowjetischen Ordnung eine wichtige Rolle. Sie betrieben Propaganda und warben Parteimitglieder. Die Treffen mit der Bevölkerung fanden auf der Straße, in Schulen und anderen Institutionen statt. Der Verlauf dieser Treffen wurde nach dem Urteil der Teilnehmer im Vorhinein genauestens geplant: Festgelegt waren die Redner, die Personen, die

³¹ Ebd., S. 69.

³² ŻOLYŃSKI, Włączenie, S. 96 f.

³³ Ebd., S. 130 f.; SUDOL, Początki, S. 37.

das Wort ergriffen, und der Wortlaut der Resolutionen. Im Vorfeld der Wahlen zu den Volksversammlungen kam den Politoffizieren eine besondere Bedeutung zu. Auf dem Gebiet der „Westukraine“ betrieben nach sowjetischen Angaben in dieser Zeit 51.725 Personen Agitation, wovon 40.049 Personen der örtlichen Bevölkerung angehörten, was sich aber nur schwer überprüfen lässt. Die Armee stellte in dieser Zeit ihre politischen Mitarbeiter für Propagandaaktivitäten ab. So beorderten die Einheiten der 6. Armee der Ukrainischen Front, die in den Woiwodschaften Lemberg und Tarnopol stationiert waren, 510 Mitarbeiter in die Wahlkommissionen der Kreise und Stadtteile und stellten 3.120 Personen für Agitation zur Verfügung.³⁴

Die Provisorische Verwaltung war nur eine Übergangsphase auf dem Weg zu einer Vereinheitlichung der Verwaltungsstrukturen der besetzten Gebiete mit dem restlichen Teil der Sowjetunion. In der „Westukraine“ und in „Westweißrussland“ verlief dieser Prozess im Grunde ähnlich. Die Auflösung der provisorischen Verwaltung wurde in den vom Obersten Rat der BSSR am 14. November und vom Obersten Rat der USSR am 15. November 1939 erlassenen Gesetzen beschlossen, in Folge derer die polnischen Gebiete an die Ukraine bzw. Weißrussland angegliedert wurden.

Die Einführung einer administrativen Gliederung nach sowjetischem Muster fand in zwei Etappen statt. Als Erstes wurden die Woiwodschaften aufgelöst und an ihrer Stelle Verwaltungsbezirke eingeführt. Diese Aufgliederung wurde von den Präsidien der Obersten Räte der BSSR und der USSR vorbereitet. Anschließend wurde sie von den Parteigremien der Ukrainischen KP(b) und der Weißrussischen KP(b) bestätigt und trat am 4. Dezember 1939 nach der Bestätigung durch das Präsidium des Obersten Rates der UdSSR in Kraft. Zur BSSR kamen folgende Bezirke hinzu: Baranowicze, Białystok, Brest, Pińsk, Wilejka, zur USSR: Drohobycz, Lemberg, Rowno, Stanislau³⁵, Tarnopol und Wolhynien. Die neuen Verwaltungsbezirke wurden ihrerseits wiederum in kleinere Rayons (*rajony*) unterteilt. Vollkommen neu waren die Bezirke Pinsk, Rowno und Drohobycz. Die Grenzen der übrigen Bezirke wurden verändert, manchmal auch ihre Namen. Zur gleichen Zeit wurde auf dem annexierten Gebiet auch der Grenzverlauf zwischen der ukrainischen und der weißrussischen Republik festgelegt.³⁶ Parallel zur Einführung der neuen administrativen Gliederung wurden Partei- und Verwaltungsstrukturen gebildet, die die existierenden

³⁴ KOVALUK, Novi archivni dokumenty; JAN TOMASZ GROSS, Studium znewolenia. Wybory październikowe 22 X 1939 r., Kraków 1999; Zentrales historisches Staatsarchiv der Ukraine, Kiev (CDIAUL), F. 859, Op. 1, D. 1-10.

³⁵ Der Verwaltungsbezirk Stanislau ging aus der Woiwodschaft Stanislau hervor.

³⁶ GŁOWACKI, Sowieci, S. 84; ŻOLYŃSKI, Włączenie, S. 133 f.

provisorischen Verwaltungen ersetzen. Auch diesmal wurden kommunistische Funktionäre aus den östlichen Teilen der USSR und der BSSR in die Ämter der neu entstandenen Bezirke entsandt, wie Dokumente der Ukrainischen und Weißrussischen KP(b) belegen. In der „Westukraine“ wurden in Institutionen und Organisationen auch Personen beschäftigt, die aus dem Kriegsdienst in den dort stationierten Einheiten der Roten Armee entlassen worden waren.³⁷

Entsprechend der neuen administrativen Gliederung entstanden Partei- und Verwaltungsstrukturen auf Bezirksebene, wodurch auf dieser Ebene die provisorischen Organe abgeschafft wurden. Das Politbüro bestätigte am 4. Dezember 1939 die personelle Besetzung der Parteixerikutiven in den Bezirken der annexierten Gebiete der Zweiten Polnischen Republik. Ihnen gehörten vor allem sowjetische Partefunktionäre an, die aus der USSR und der BSSR entsandt worden waren und von denen ein Teil bereits in den provisorischen Verwaltungen tätig gewesen war.³⁸ Bei der Bildung der Gebietsverwaltung entschieden über die personelle Besetzung der Exekutivkomitees auf Bezirks-, Rayon-, Stadt- und Dorfebene zunächst die entsprechenden, höheren Parteiinstanzen. Formell trafen die Präsidien der Obersten Räte der Ukrainischen und der Weißrussischen Republik die Entscheidungen, letzte Instanz war aber das Politbüro. Der Gebietsverwaltung gehörten an: ehemalige Abgeordnete der Volksversammlungen, Einheimische, von denen ein Teil bereits in den provisorischen Vorständen und den Bauernkomitees gearbeitet hatte, sowie aus dem Osten entsandte Partefunktionäre.³⁹

Die zweite Etappe der Vereinheitlichung der Verwaltung in den von der UdSSR annexierten polnischen Gebieten erfolgte, als die Präsidien der Obersten Räte der Ukraine (am 17. Januar 1940) und Weißrusslands (am 15. Januar 1940) Dekrete erließen, die die Gliederung der Bezirke veränderten und anstelle der Kreise Rayons einführten.⁴⁰ Es wurde auch die Gliederung der Städte festgelegt – die Bezirkshauptstädte wurden in Stadtbzirke aufgeteilt. In den Dörfern gab es weiterhin die Bauernkomitees, die formell erst im Januar 1940 durch Dorfräte (*selsovety*) ersetzt wurden.⁴¹

³⁷ CDAGO F. 1, Op. 6, D. 513, Bl. 197-200, 218, 220-221; FILIPPOV, *Dejatel'nost'*, S. 46; JASIEWICZ, Pierwsi.

³⁸ CDAGO F. 1, Op. 6, D. 513, Bl. 232-239; GŁOWACKI, Sowieci, S. 90.

³⁹ GŁOWACKI, Sowieci, S. 85; CDAGO F. 1, Op. 6, D. 516, Bl. 62-73.

⁴⁰ Die Entscheidungen waren zuvor von Parteiinstanzen der Ukrainischen und der Weißrussischen SSR sowie zentralen Parteigebäuden abgesegnet worden.

⁴¹ Die Einsetzung von Dorfräten in den westlichen Verwaltungsbezirken der BSSR, die ehemals polnisch gewesen waren, wurde erst im März 1940 abgeschlossen. CDAGO F. 1,

Die Einführung von Rayons führte im Allgemeinen zu einer Zerstückelung der Bezirke, da die Fläche eines Rayons kleiner war als die eines Kreises. Die bisherige Verwaltungsstruktur wurde also von Grund auf geändert.

Daran angepasst wurden die Parteistrukturen und die Gliederung der Exekutivkomitees auf den einzelnen Ebenen.⁴² Die Bezirksverwaltungen wurden vor allem mit Personen aus dem Osten besetzt, die unteren Posten dagegen mit Einheimischen, die jedoch nach ihren politischen Einstellungen beurteilt und gegebenenfalls – zum Beispiel wenn jemand als „klassenfeindliches Element“ erachtet wurde – entlassen wurden.⁴³ Diese neu geschaffenen Strukturen bewährten sich bei den Wahlen in den annexierten Gebieten vom 24. März 1940, in denen die Delegierten für die Obersten Räte der UdSSR sowie der USSR und der BSSR bestimmt wurden.⁴⁴

Zusammenfassend lassen sich bei der Reorganisation der Verwaltung in den östlichen Grenzgebieten in den Jahren 1939 bis 1941 drei administrative Gliederungen unterscheiden: die Erste dauerte vom 28. September bis zum 4. Dezember 1939; die zweite vom 4. Dezember 1939 bis zum 15. Januar 1940 in „Westweißrussland“ und bis zum 17. Januar 1940 in der „Westukraine“; die dritte vom 15. bzw. 17. Januar 1940 bis Juni 1941.⁴⁵ Die Verwaltung in den polnischen Gebieten wurde durch die Einführung von Rayons im Januar 1940 grundlegend verändert. Der ganze Prozess wurde aber erst im Dezember 1940 mit den Wahlen zu den Delegiertenräten der Arbeiter abgeschlossen. Die nach sowjetischem Muster geschaffenen Verwaltungsstrukturen waren für zahlreiche wesentliche Änderungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verantwortlich. Unter anderem trieb man die Schaffung von Kolchosen und Sowchosen voran und forcierte die Nationalisierung von Unternehmen und Institutionen. Die Verwaltungen wirkten auch bei den Deportationen mit und waren verantwortlich für die eingeführten Änderungen im Schulwesen und im kulturellen Leben. In all diesen Bereichen spielten sowjetische Parteifunktionäre eine wichtige Rolle.

Op. 6, D. 576, Bl. 39 u. a.; CDAVO F. 1, Op. 16, D. 6, Bl. 21-42; GŁOWACKI, Sowieci, S. 84 f.; ŻOLYŃSKI, Włączenie, S. 134 f.

⁴² Zu diesem Zeitpunkt hatten die Exekutivkomitees noch kommissarischen Charakter, da die Wahlen zu den Bezirks-, Rayon-, Stadt-, Dorf- und Stadtteilräten erst im Dezember 1940 stattfanden.

⁴³ CDAGO F. 1, Op. 6, D. 513, Bl. 232-239 u. a.; GŁOWACKI, Sowieci, S. 86.

⁴⁴ FILIPPOV, *Dejatel'nost'*, S. 60; CDAGO F. 1, Op. 6, D. 513, Bl. 242; GŁOWACKI, Sowieci, S. 86.

⁴⁵ JASIEWICZ, Pierwsi, S. 13-25.